

Datum: 20.04.2012

TIGAS-
Erdgas Tirol GmbH
Salurner Straße 15
6020 Innsbruck
www.tigas.at



Erdgas - einfach überlegen

An die
Energie-Control Austria
Vorstand
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

Ihr Ansprechpartner: Geschäftsführung
Telefon: +43 (0)512 581084
Fax: +43 (0)512 581084-4150
E-Mail: office@tigas.at
Unser Zeichen: Mag. Haun

**Stellungnahme betreffend den Verordnungsentwurf
Gas-Marktmodell 2012 (Stand 30.03.2012)
Regelungen für das Marktgebiet Tirol**

Energie-Control Austria								
Posteingangsnr. 7001								
Eingelangt 24. April 2012								
Aktenzahl								
VST	FO	RA	Strom	Tarife	VW	GAS	ÖKO	STR
Original: ifa					Kopie: mkr msc eti			

Sehr geehrte Herren,

wir beziehen uns auf den Verordnungsentwurf zum Gas-Marktmodell 2012 vom 30.03.2012 und nehmen dazu wie folgt Stellung:

Vorab möchten wir festhalten, dass im gegenständlichen Verordnungsentwurf kein Umsetzungstermin genannt wird. Wir schlagen daher vor, das von Ihnen am 03.02.2012 erstmals genannte und auch später wiederholte Datum 01.10.2013 in Anbetracht der erforderlichen vielfachen Organisations- und Systemänderungen als frühesten Umsetzungstermin in die Verordnung aufzunehmen.

Weiters ersuchen wir Sie die von uns und vom Regelzonenführer bereits veröffentlichten Einspeisepunkte in das Marktgebiet Tirol gemäß Beilage in die Anlage 3 des gegenständlichen Verordnungsentwurfes aufzunehmen.

Paragrafen ohne anschließende Benennung der Norm beziehen sich jeweils auf den gegenständlichen Verordnungsentwurf.

Ein Großteil der im Verordnungsentwurf enthaltenen Regelungen bedarf einer einvernehmlichen Abstimmung mit den angrenzenden Marktteilnehmern in Deutschland. Der örtliche Geltungsbereich des GWG 2011 und des E-ControlG ist aber jeweils auf Österreich beschränkt. Daher ist es von vornherein unzulässig, Verpflichtungen für Marktteilnehmer (siehe insbesondere die Vorgaben in den §§ 35, 36, 41 und 43) zu schaffen, die nicht in Österreich tätig sind. Dazu kommt, dass die Aufsichtsbefugnisse nach § 24 Abs. 1 E-ControlG (Maßnahmen zur Herstellung des rechtmäßigen Zustandes) auf Österreich beschränkt sind. Eine Verpflichtung von Marktteilnehmern, die in Deutschland ansässig sind und auch nur dort operativ tätig sind,

ist nicht möglich; insbesondere können solche Marktteilnehmer, da sie nicht dem örtlichen Geltungsbereich der gegenständlichen Verordnung unterliegen würden, auch keinem Kontrahierungszwang unterworfen werden. Die jeweiligen Marktteilnehmer unterliegen jeweils nur den jeweiligen nationalen Gesetzen, wobei auch ein Verweis auf EU-Richtlinien im gegenständlichen Fall nichts zur Rechtssicherheit beiträgt, weil die Marktteilnehmer dadurch nicht unmittelbar verpflichtet werden.

In einem System, das der Aufrechterhaltung der Grundversorgung dienen soll, deren Prinzipien insbesondere Versorgungssicherheit und Rechtssicherheit sein sollen, werden die österreichischen Marktteilnehmer verpflichtet, Verträge mit einem in Deutschland ansässigen Vertragspartner abzuschließen, der nicht Adressat der gegenständlichen Verordnung ist, ja nicht einmal der österreichischen Rechtsordnung unterliegt. Die Marktteilnehmer im vorgelagerten Marktgebiet sind nicht in Österreich tätig und somit nicht der österreichischen Jurisdiktion unterworfen. Für Fälle, in denen sich ein Marktteilnehmer im vorgelagerten Marktgebiet vereinbarungswidrig verhält, besteht für die Energie-Control Austria keine Handhabe zur Herstellung des vereinbarten Zustandes und könnte sich dadurch sogar eine Gefährdung der Erdgasversorgung ergeben.

Übergreifende Bilanzierung mit dem angrenzenden Marktgebiet:

Nach § 35 Abs. 1 sind Regelungen so zu treffen, dass auf eine einfache Abwicklung mit dem angrenzenden Marktgebiet und auf eine übergreifende Bilanzierung abgezielt wird. Wie eine übergreifende Bilanzierung im Detail jedoch ausgestaltet sein soll, bleibt nach Ansicht der TIGAS auch in den nachfolgenden Bestimmungen unklar.

Kapazitätsbuchung durch den Verteilergebietsmanager:

Aus Sicht der TIGAS entstehen mit der Buchung der Kapazitäten durch den VGM vermeidbare Mehrkosten, weil dem Netzbenutzer die Möglichkeit entzogen wird, unterjährige Kapazitäten (ab 01.04.2012 sogar day-ahead-Buchungen über die in Deutschland vorhandene Primärkapazitätsplattform) zeitnah bedarfsorientiert zu buchen. Die Einbeziehung der vorgelagerten Kapazitätskosten in die Netztarife der TIGAS führt zu einer unmittelbaren Erhöhung der Netzkosten auf allen Netzebenen. Eine Einbeziehung in die Netzkosten ist insoweit problematisch, weil die Ermittlung der Kapazitätsentgelte in Deutschland nach den dort geltenden Regularien erfolgt und weder die ECA noch die TIGAS die Höhe der Entgelte in irgendeiner Weise nachvollziehen kann.

Die Kapazitätsbuchung durch den VGM erfordert zusätzliche prozessuale Abläufe, deren Kosten vom VGM an die betroffenen Netzbetreiber weitergegeben werden und führt dies somit zu einer Erhöhung der Netzkosten für alle Netzbenutzer.

Zudem stehen der § 36 und die sich darauf beziehenden Erläuterungen zum gegenständlichen Verordnungsentwurf im Widerspruch zum GWG 2011, weil im § 18 Abs. 1 Z 1 GWG 2011 die Buchung von Kapazitäten an den Ausspeisepunkten der Fernleitungsnetze zu den Verteilernetzen im Marktgebiet gemeint ist. Der § 7 Abs. 1 Ziffer 18 GWG 2011 definiert den Begriff „Fernleitung“ als den Transport von Erdgas durch ein hauptsächlich Hochdruckfernleitungen umfassendes Netz, mit Ausnahme von vorgelagerten Rohrleitungsnetzen. Die vorgelagerten Rohrleitungssysteme sind somit bereits per Definition ausdrücklich ausgenommen; zudem werden in der Anlage 2 zum GWG 2011 die Fernleitungsanlagen abschließend genannt. Das GWG 2011 sieht somit keine Regelungen bezüglich der Buchung von Kapazitäten im Marktgebiet Tirol vor und nimmt in diesem Fall („vorgelagerte Rohrleitungsnetze“) die Buchung von Kapazitäten durch den VGM sogar ausdrücklich aus.

Die Regelung des § 18 GWG 2011 kann sich daher ausschließlich auf das Marktgebiet Ost beziehen, was entsprechend klarzustellen wäre.

Gemäß Art 18 B-VG ist eine Durchführungsverordnung auf einer entsprechenden gesetzlichen Grundlage aufzubauen und dürfen dadurch die wesentlichen Inhalte des Gesetzes nicht geändert werden bzw. über den vorgegebenen gesetzlichen Rahmen hinausgehen. Eine Regelung im GWG 2011, welche Basis dafür wäre, dass die Buchung von Kapazitäten im Marktgebiet Tirol *ausschließlich durch den VGM* zu erfolgen hat, ist nicht ableitbar.

Die Bestimmung des § 36 steht somit klar im Widerspruch zum § 18 GWG 2011 und hat daher **wegen Gesetzeswidrigkeit** zu entfallen.

Ausschließlicher Handel über den virtuellen Handelspunkt:

Durch den ausschließlichen Handel bzw. die Übertragung von Gasmengen im Marktgebiet der NCG ist ein innerösterreichischer Gashandel de facto nicht möglich.

Nach § 37 Abs. 8 soll der Handel mit Erdgas einschließlich dessen Übertragung zwischen Bilanzgruppen im Marktgebiet Tirol nicht zulässig sein, sondern nur am virtuellen Handelspunkt (VHP) des angrenzenden Marktgebietes der NCG möglich sein.

Wesentlich dabei ist, dass nach Art 18 B-VG Durchführungsverordnungen einer entsprechenden gesetzlichen Grundlage bedürfen, dh insbesondere, dass sie das Gesetz nicht ändern dürfen und dass die wesent-

lichen Konturen der Regelung im Gesetz selbst vorgezeichnet sind (zB VfSlg 7945, 9226). Eine Regelung im GWG 2011, welche Grundlage dafür wäre, den Erdgashandel im Marktgebiet Tirol zu verbieten, ist nicht ersichtlich. Zwar bestimmt § 31 Abs 3 GWG 2011 im Zusammenhang mit dem Netzzugang zu Fernleitungen, dass der Handel ausschließlich am virtuellen Handelspunkt durchzuführen ist, gemeint ist damit jedoch der virtuelle Handelspunkt *in Österreich*.

Da § 68 Abs 1 GWG 2011 vorsieht, dass der Zugang zum virtuellen Handelspunkt auf Basis der operativen Regelungen des Marktgebietsmanagers und der Fernleitungsunternehmen gemäß den Marktregeln erfolgt, geht das Gesetz gleichzeitig davon aus, dass es nur in Marktgebieten mit Fernleitungen einen virtuellen Handelspunkt gibt. Auf das Marktgebiet Tirol trifft dies aber nicht zu.

Darüber hinaus widerspricht diese Regelung dem GWG 2011: § 87 Abs 1 Z 3 lit e GWG 2011 sieht nämlich als Aufgabe des Bilanzgruppenkoordinators (BKO) unter anderem vor, dass diesem der Abschluss von Verträgen mit im vorgelagerten Verteilernetz tätigen Erdgas- und Speicherunternehmen oder anderen geeigneten Personen über die Bereitstellung von Ausgleichsenergie im Netzgebiet Tirol obliegt. Nun ist es aber so, dass dem BKO auch das Clearing zwischen den Bilanzgruppen obliegt. Im Rahmen der Aufgabenerfüllung des BKO muss eine Übertragung von Erdgas zwischen Bilanzgruppen, nämlich im Rahmen dessen Aufgabenerfüllung, weiterhin möglich sein. Wenn ein ausschließlicher Handel über den VHP gefordert wird, ist ein außerbörslicher Handel von Ausgleichsenergie nicht möglich und steht dies somit in Widerspruch einer sicheren Versorgung aller Konsumenten in Tirol.

Der § 37 Abs. 8 ist daher ersatzlos zu streichen.

Regelungen für standardisierte Lastprofile (SLP):

Die im § 42 Abs. 2 zweimal täglich geforderten SLP-Verbrauchsprognosen auf Basis der aktuellen Temperaturprognosen stellen unseres Erachtens einen unvermeidbaren Zusatzaufwand dar, der mit keinem damit verbundenen Nutzen gerechtfertigt werden kann und ausschließlich zur Erhöhung der Aufwendungen der Netzbetreiber sowie des VGM beiträgt.

Aus unserer Sicht ist eine SLP-Verbrauchsprognose gem. § 42 Abs. 1 für alle Marktteilnehmer ausreichend. Der § 42 Abs. 2 ist daher ersatzlos zu streichen.

Ausgleichsenergiepreisgestaltung:

Die Regelungen zur Preisgestaltung von Ausgleichsenergie im § 44 sollten nicht Bestandteil der Verordnung sein, sondern ab dem Inkrafttreten der Verordnung zur flexibleren Handhabung in den Allgemeinen Bedingungen des BKO, welche wie bisher von der ECA zu genehmigen sind, geregelt werden. Dies gilt insbesondere auch für den § 44 Abs. 4.

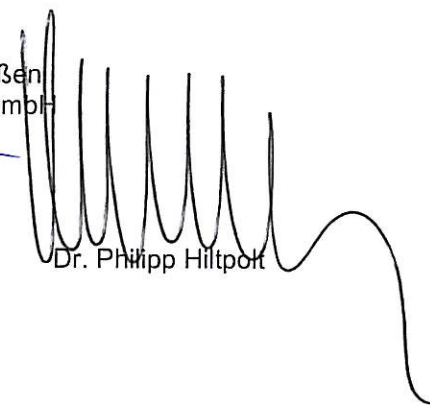
Zusammengefasst halten wir fest, dass insbesondere durch die geforderte Einbeziehung ausländischer, nicht der österreichischen Gesetzgebung unterworfenen Marktteilnehmer erhebliche Rechtsunsicherheiten entstehen. Allein schon dadurch wird dem ausdrücklichen Auftrag des § 41 Abs. 1 GWG 2011 zur Herstellung eines sicheren und zuverlässigen Netzbetriebes widersprochen. Desweiteren werden auf den VGM Aufgaben übertragen, die durch andere Marktteilnehmer, insbesondere durch Transportkunden, effizienter und effektiver durchgeführt werden können. Durch diese Vorgehensweise werden letztendlich höhere – von den Netzbenutzern zu tragende – Kosten generiert.

Wir bitten daher um Berücksichtigung der oben angeführten Anmerkungen und stehen für weitere Gespräche zur Ausgestaltung der Marktregeln gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
TIGAS-Erdgas Tirol GmbH



Dipl.-Ing. Richard Mastenbroek



Dr. Philipp Hiltport

Beilage: Einspeisepunkte in das Marktgebiet Tirol

Einspeisepunkte inklusive Gastag **Entrypoints including gas day**

Kurzname	Komponentennummer	Netzbetreiber	Gastag
Nickname	Component number	Systemoperator	Gas day
KUFSTEIN_RZ_IMP	AT005009000000000000KUFSTEINRZIMP	TIGAS-Erdgas Tirol GmbH	06.00 – 06.00
VILS_RZ_IMP	AT0050090000000000000000VILSRZIMP	EVA-Erdgasversorgung Ausserfern GmbH	06.00 – 06.00
SCHLITTERS_BIO_RZ_IMP	AT00500900000000SCHLITTERSBIORZIMP	TIGAS-Erdgas Tirol GmbH	06.00 – 06.00

Status: 01.04.2011

Der anwendbare Gastag eines Transportes wird vom Einspeisepunkt an der Staatsgrenze bestimmt.
The applicable gas day for a shipment is determined by the entrypoint on the border.

Der korrespondierende Exitpoint in Deutschland zum Entrypoint „KUFSTEIN_RZ_IMP“ ist „Kiefersfelden“,
der korrespondierende Exitpoint in Deutschland zum Entrypoint „VILS_RZ_IMP“ ist „Pfronten“.
The corresponding Exitpoint in Germany to the entrypoint „KUFSTEIN_RZ_IMP“ is „Kiefersfelden“,
the corresponding Exitpoint in Germany to the entrypoint „VILS_RZ_IMP“ is „Pfronten“,